

EINE NEUE "LINKE" AUSSENPOLITIK ?

Oskar Weggel

I. "Neue" Außenpolitik in der Theorie:

Seit einigen Wochen liegt westlichen China-Beobachtern ein Referat der Mao-Gattin Chiang Ch'ing vor, das Mitte März 1975 vor Angehörigen des chinesischen Auswärtigen Amtes gehalten wurde, und in dem die außenpolitischen Vorstellungen der Linken Fraktion Gestalt angenommen haben, die von den Vorstellungen Chou En-lais (Reden beim X. Parteitag 1973 und beim IV. Nationalen Volkskongreß 1975) deutlich abweichen. Die Rede wurde an Partei- und Regierungsstellen verteilt, und zwar in einer sogenannten "Mitteilung" (t'ung-pao) (1).

Chiang Ch'ing hatte sich bisher hauptsächlich mit Kulturangelegenheiten befaßt und war vor allem zur Protagonistin der "Modell-Opern" geworden, wie sie heute über ganz China verbreitet sind.

Das Parkett der Außenpolitik, auf dem sie nun möglicherweise ebenfalls Modelle setzen will, ist für sie verhältnismäßig neu. Dies gibt Chiang Ch'ing, seit dem X. Parteitag auch Politbüromitglied, auch offen zu: Ihre Rede beginnt mit der Formel "Wenn ich über Außenpolitik spreche, so tue ich dies als Außenministerin. Ich hatte hier ganz von vorn zu beginnen, gleichsam mit dem ABC.....". Gleichwohl zeigt die sorgfältig ausgearbeitete Rede, daß hier keine unsicheren Gehversuche gemacht werden. Vielmehr zieht sich durch die gesamten Ausführungen ein Roter Faden, wie er schon für Chiang Ch'ings Tätigkeit auf dem Gebiet des Opernwesens kennzeichnend war, nämlich eine strenge Auslegung des Grundsatzes "Eins teilt sich in zwei". Aus ihrer Sicht dürfen "Widersprüche" in jedem gesellschaftlichen Bereich, also auch innerhalb der Außenpolitik, nicht verdeckt werden, sondern sind offenzulegen. In diesem Zusammenhang macht sie vor allem dem amerikanischen Außenminister Kissinger den Vorwurf, daß er sich "darum bemüht, den Widersprüchen auszuweichen. Das ist eine Vogel-Strauß-Politik: Widersprüche werden nur gestreift, um ihre Existenz zu verheimlichen". Statt den Kopf in den Sand zu stecken, "müssen wir vor den Völkern der Welt für die revolutionäre Wahrheit Propaganda machen. Gleichzeitig müssen wir ihnen mit aller Deutlichkeit unseren Standpunkt erklären: Wo es die Revolution gibt, da werden wir sie bis zum Ende unterstützen." In dieser Aussage steckt an sich keine Neuigkeit. Eines der dialektischen Gesetze lautet ja, daß in jeder Einheit die Widersprüche bereits keimhaft beschlossen sind. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis sie sich stärker profilieren und nach einer neuen Lösung, z.B. der Revolution, verlangen.

Neu aber ist die Offenheit, mit der dieser Gedankengang gerade im Zusammenhang mit der Außenpolitik hier artikuliert wird und mit der sie Maos Position "wiedergibt".

Es ist kein Geheimnis, daß die chinesischen Politbüromitglieder zu den großen Fragen der anstehenden Politik keineswegs immer einer Meinung sind. Auch hier entfaltet sich m.a.W. das alte Gesetz, demzufolge "eins sich stets in zwei" aufteilt. Angesichts dieser Gegebenheiten ist es nicht uninteressant, Chiang Ch'ings Ausführungen mit den beiden Grundsatzreden zu vergleichen

(2), die Chou En-lai anlässlich des X. Parteitages von 1973 und anlässlich des IV. Nationalen Volkskongresses im Januar 1975 (3) gehalten hat. Erst durch eine solche Gegenüberstellung bekommen die Ausführungen Chiang Ch'ings schärferes Profil.

Die Reden Chou En-lais von 1973 und 1975 sind, was den außenpolitischen Teil anbelangt, nahezu identisch ausgefallen und können deshalb hier in Zusammenfassung wiedergegeben werden.

1. Bei der A n a l y s e der heutigen Weltsituation sind sich beide lediglich darin einig, daß "das Ringen der USA und der Sowjetunion um die Hegemonie die Quelle der Unruhen in der Welt ist", und daß der Schwerpunkt dieses Ringens heute in Europa liegt (4). Während aber nun der Premierminister die USA wesentlich positiver bewertet als die Sowjetunion (5), stellt Chiang Ch'ing beide auf eine Stufe.

Mit dieser "Einebnung" liegt sie ganz auf der Linie der Rede Wang Hung-wens, der - bei der Erörterung des Begriffes "Großmachtchauvinismus" (Kapitel I, Abs.8 des Parteistatuts vom 28. August 1973) darauf hinweist, daß hiermit sowohl der "Imperialismus" (die USA), der "moderne Revisionismus" (die Sowjetunion) und die "Reaktionäre aller Länder" gemeint seien (6).

Während Chou ferner "revolutionäre Kompromisse" mit den beiden "Oberherren" für zulässig hält (7), sucht man in der Rede der Mao-Gattin vergeblich nach einem ähnlichen Hinweis.

2. Welche T h e r a p i e (Strategie) ist angesichts der bestehenden Widersprüche im internationalen System anzuwenden?

Chou En-lai fordert in beiden Reden zur Einhaltung von zwei Strategien auf:

a) Einerseits müsse China "am Proletarischen Internationalismus festhalten". Während dieser Begriff in den fünfziger Jahren noch auf das Verhältnis zwischen sozialistischen Staaten beschränkt war, umfaßt er heute einen weiteren Inhalt, der sich am besten erschließen läßt, wenn man die gesamte Passage in der Rede von 1975 zitiert: "Wir müssen am Proletarischen Internationalismus festhalten, die Einheit mit den sozialistischen Staaten, den unterdrückten Völkern und unterjochten Nationen der ganzen Welt verstärken und zur gegenseitigen Unterstützung beitragen." (8) Die "m a t e r i e l l wirksame Unterstützung" und der "Proletarische Internationalismus", die noch Mitte der sechziger Jahre zusammen mit der "friedlichen Koexistenz" die Trias der außenpolitischen Generallinie gebildet hatten, sind heute offensichtlich zu einem Begriff zusammengeschmolzen worden, so daß heute nicht mehr von drei Teilen, sondern nur noch von zwei Teilen der außenpolitischen Generallinie die Rede sein kann, nämlich von "proletarischem Internationalismus" einerseits und "friedlicher Koexistenz" andererseits (9).

b) Zweitens stellt der Ministerpräsident die Forderung nach einer "breitestmöglichen Einheitsfront" auf, die fast schon so alt ist wie die sinokommunistische Bewegung. Sie taucht des-

halb sowohl in den beiden Reden Chou En-lais wie auch in der Erklärung Chiang Ch'ings auf. Seit bei der UNO-Rohstoffkonferenz im Jahre 1974 die "Drei-Welten-Theorie" zum erstenmal verkündet worden ist (10), erhielt die Vereinte-Fronten-Strategie nur eine leicht verbale Wendung. Man spricht jetzt nicht mehr von Vereinigung der sozialistischen Staaten mit den Ländern der Ersten und Zweiten Zwischenzone, sondern vielmehr von der Bildung einer breitestmöglichen Kampf-front der Dritten Welt, die nach Möglichkeit erweitert werden soll durch ein Bündnis zwischen Zweiter und Dritter Welt. Diese zuletzt genannte Forderung wurde besonders deutlich in einer chinesischen Stellungnahme (11) zu den Wirtschaftsabkommen der EG und 46 Entwicklungsländern am 1.2.1975. Da die "hegemonistischen Bestrebungen der beiden Supermächte" in den letzten Jahren zugenommen hätten, und da es deshalb darauf ankomme, die "Auswirkungen der Wirtschaftskrise zu mildern", empfänden die "westeuropäischen Länder ein dringendes Bedürfnis, ihre wirtschaftlichen Bande zu den Ländern der Dritten Welt zu verstärken. Diese wünschten ebenfalls wirtschaftliche Beziehungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils zu entwickeln; denn das wird es immer besser ermöglichen, den beiden Supermächten Widerstand zu leisten und ihre Volkswirtschaft zu entwickeln. Aus dieser Sicht haben die neun EG-Länder im Juli 1973 die Handels- und Wirtschaftsverhandlungen mit 46 Entwicklungsländern eingeleitet" (12). Eine Forderung dieser Art hatte Chou En-lai in seinem Rechenschaftsbericht vom Januar 1975 zwar nicht ausdrücklich gestellt, wohl aber sind sie zwischen den Zeilen seiner Ausführungen zu lesen.

Zwischen Chou En-lais Ausführungen und der Erläuterung Chiang Ch'ings treten drei wichtige Unterschiede zutage:

a) Zunächst heißt es bei Chiang Ch'ing, daß "unsere Außenpolitik sich konzentrieren muß auf schwarze Freunde, kleine Freunde und arme Freunde" ().

Gleichsam ergänzend dazu heißt es dann: "Wir können keine weißen Freunde, großen Freunde und reichen Freunde haben." Sollte diese Formulierung wirklich von Chiang Ch'ing stammen, so wäre sie in der Tat recht ungewöhnlich. Zumindest könnte aus ihr der mangelnde Respekt einiger chinesischer Führer gegenüber der Dritten Welt herausgelesen werden, der in scharfem Widerspruch stünde zu den sonstigen offiziellen Verlautbarungen. Man möchte gerne wissen, was etwa Julius Nyerere fühlte, wenn er Ausführungen dieser Art läse (13).

b) Aus dieser Formulierung geht ferner hervor, daß Chiang Ch'ing mit der von der offiziellen Pekinger Außenpolitik gebilligten Forderung nach einer Vereinigung zwischen Zweiter und Dritter Welt im Politbüro offensichtlich nicht einverstanden ist. Wer ein Bündnis mit "Reichen Freunden" für unmöglich hält, kann auch keine Vereinigung der beiden Welten zum Kampf gegen die Supermächte fordern.

c) Schließlich spricht Chiang Ch'ing über Vietnam in einer Art und Weise, wie es in offiziellen chinesischen Verlautbarungen ebenfalls sonst nicht üblich ist. "Vietnam ist wie ein Tempel unter vier Äbten" ().

Es kämpfe zwar gegen den Imperialismus, nicht aber gegen den Revisionismus in seinem Inneren. Die präzise Ausdeutung dieser etwas dunklen Andeutungen ist dem Außenstehenden zwar nicht möglich, doch ist mit Formulierungen dieser Art ganz sicher keine positive Aussage über den Nachbarn im Süden gemacht.

Tempel und Mönche haben in chinesischen Witzen immer schon eine große Rolle gespielt. Leo Goodstadt (14) versucht folgende Deutung: "Die meisten Tempel haben ein einziges Oberhaupt, das außerhalb des Tempels um milde Gaben bettelt. Vietnam hat vier solcher 'Mendikanten-Bosse', womit das Ausmaß seines Appetits bereits angedeutet ist. Der Buddhist nimmt Gaben mit Dankbarkeit von jedermann an, selbst wenn der Geber ein Atheist ist. Die Folgerung daraus wäre, daß die Vietnamesen alles annehmen, was sie bekommen, gleichgültig, aus welcher Quelle es stammt. Damit wäre auch Hanoi Bereitschaft angedeutet, Moskau als seinen Patron zu akzeptieren".

Diese Deutung erscheint nicht abwegig, wenn man sie im Zusammenhang mit dem weiteren Satz Chiang Ch'ings liest, daß Hanoi zwar dem "Imperialismus" Widerstand geleistet hat, nicht aber dem Revisionismus - d.h. der Sowjetunion - und daß deshalb "eine zweite Revolution ansteht".

3. Die Ausführungen Chou En-lais und Chiang Ch'ings gehen also bereits dort auseinander, wo sie über dieselben Themen sprechen. Die eigentlichen Dimensionen des Unterschieds werden aber erst dort deutlich, wo Chou En-lai aus staatsmännischen Gründen schweigt, während Chiang Ch'ing sich hier gleichsam noch steigert.

Drei Punkte sind hervorzuheben:

a) Letztes Ziel sei die Verwirklichung einer kommunistischen Gesellschaft auf weltweiter Ebene, die durch revolutionäre Prozesse permanent und stufenweise vorangetrieben werden müsse. Nationale Befreiungsbewegungen seien ohne Einschränkung zu unterstützen. In diesem Zusammenhang nennt Chiang Ch'ing die Anti-Apartheid-Guerillas in Südafrika, die Kriege im Nahen Osten gegen die "Hegemonie", die nationalen Aufstandsbewegungen in Südamerika, die "revolutionären Bewegungen in Osteuropa zur Abschüttelung des sowjetischen Jochs" und die "Befreiungskriege in Indochina". Diese einzelnen Unterstützungsaktionen sind nur paradigmatisch aufgeführt und zeigen, daß die "Unterstützung" weit über diese konkreten Anlässe hinausgehen müsse.

Schlugen Chiang Ch'ings Forderungen voll durch, so wären auch all die Abmachungen, die in jüngster Zeit mit den Ländern Thailand, Philippinen und Malaysia über die "Nichteinmischung" geschlossen worden sind, gleichsam "Papiertiger". Wie anders sonst sollte folgender Satz zu verstehen sein: "Wir müssen vor den Völkern der Welt für die revolutionäre Wahrheit Propaganda machen. Gleichzeitig müssen wir ihnen mit aller Deutlichkeit unseren Standpunkt erklären: Wo es die Revolution gibt, da werden wir sie bis zum Ende unterstützen". (Näheres unten II.)

Chiang Ch'ings Ausführungen sind übrigens durch einen Abschnitt der neuen Verfassung von 1975 konstitutionell abgesichert, nämlich durch Abs. 8 der Präambel: "Unser Volk ist von der Zuversicht erfüllt, unter der Führung der KP Chinas die in- und ausländischen Feinde zu besiegen, alle Schwierigkeiten zu überwinden, unser Land zu einem mächtigen sozialistischen Staat der Diktatur des Proletariats aufzubauen und damit für die Menschheit einen verhältnismäßig großen Beitrag zu leisten".

Auch das Politbüromitglied aus Shanghai, Chang Chun-chiao,

hatte in seinem "Bericht über die Abänderung der Verfassung" (15) eine ähnliche Formulierung benutzt: "Erst mit der Befreiung der ganzen Menschheit kann das Proletariat sich selbst endgültig befreien. Wir müssen uns immer mit allen Völkern der Welt zusammenschließen und gemeinsam mit ihnen für die Beseitigung des Systems der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen auf dem Erdball kämpfen, damit die gesamte Menschheit ihre Befreiung erlangt." Diese ganz im Sinne des "kommunistischen Manifests" gefaßte Formulierung läßt für die Praxis eine weite Ausdeutung zu. Sie umfaßt auch Ziele und Strategien, wie sie von Chiang Ch'ing erwähnt worden sind.

b) Eng damit zusammen hängt ein weiterer Gesichtspunkt, der bisher in chinesischen Erklärungen nur wenig hervorgehoben worden ist, nämlich die Dienlichkeit revolutionärer Aktion für nationale Interessen der VR China: "Von Ost nach West, von Süd nach Nord wurde das Würgeisil angezogen, das dem Imperialismus und dem Sozialimperialismus um den Hals liegt. Und zwar so fest, daß der US-Imperialismus und der Sowjetrevisionismus alle Hände voll zu tun haben und sich nicht gegen uns wenden können wird

c) Der vielleicht wichtigste Punkt in den Ausführungen Chiang Ch'ings aber ist die Gardinenpredigt gegenüber dem eigenen Auswärtigen Amt. Die Anschuldigungen gegen das Amt sind in der Tat nicht eben gering. Welch härtere Kritik könnte man z. B. aus chinesischer Sicht einem Diplomaten Pekings anhängen als den Vorwurf, daß er sich nicht anders benehme als der Vertreter irgendeines "kapitalistischen" Landes: "Es gibt Botschaften, Konsulate und Handelsmissionen, die die Zentrale täglich mit Telegrammen, Briefen und Telefonaten überschütten, in denen es allein um technische Fragen geht. Parteikader versinken in diplomatischer Routinearbeit und widmen sich geschäftlichen Transaktionen mit mehr Enthusiasmus als ihre bourgeoisen Berufskollegen." Das "politische" Bewußtsein werde hier durch geschäftige Aufgeregtheit und Rabulistik überspielt.

Auch im Ausland dürfe man nie die "politische" Aufgabe eines Revolutionärs vergessen. Notfalls müsse in jeder Botschaft ein Parteisekretär sich um die "Politik" kümmern. Einige Botschaften werden von Chiang Ch'ing gelobt, z.B. die in Paris und in Tokyo, während die Vertretungen auf dem afrikanischen Kontinent sich offensichtlich die Mißbilligung des Linken Flügels im Politbüro zugezogen haben. Vor allem dort soll in Zukunft die Kontrolle verstärkt werden, die zentral durch die ZK-Abteilung für Internationale Verbindungen sowie durch die Propagandaabteilung des ZK zentral zu steuern und an Ort und Stelle durch vier Methoden in die Tat umzusetzen ist: Aufstellung eines politischen Überwachungsplanes, Errichtung einer Führungsgruppe, Intensivierung des politischen Studiums (Selbststudium und gemeinsames Studium) und regelmäßige Berichte - auch unter Umgehung der Dienstwege. Das vorsichtige Verhalten mancher Botschaften und Konsularabteilungen - was z.B. die Erteilung von Einreisevisen nach China anbelangt ("Keine Sinologen, keine Auslandschinesen und keine Journalisten"!)) könnte hier eine gewisse Erklärung finden.

Chou En-lais erhebliche Akzentverschiebungen erkennen läßt, macht deutlich, in welche Dilemmata Pekings Diplomatie seit dem vollen Eintritt der VR China ins internationale Leben geraten ist. Auch im Bereich der Außenpolitik also spielt sich ein Kampf zwischen "Zwei Linien" ab.

II. Neue Außenpolitik in der Praxis ?

Bedeutet diese Ausführungen Chiang Ch'ings nur eine Absichtserklärung der "Linken Fraktion" im Politbüro, oder handelt es sich hier um Richtlinien, die zur Zeit bereits in die Tat umgesetzt werden?

Seit der außenpolitischen Öffnung Chinas nach der Kulturrevolution hat sich die geschmeidige Politik Chou En-lais in großen Zügen bislang behaupten können. Im Mai 1975 beispielsweise wurden diplomatische Beziehungen zur EG aufgenommen. Im gleichen Monat besuchte Teng Hsiao-p'ing die französische Hauptstadt. Auch die Friedensverhandlungen mit Japan liefen fort, obwohl sie wegen des Streites um die Antihegemonieklausel noch nicht ganz abgeschlossen werden konnten. Einen besonders eindrucksvollen Hinweis auf die Friedenswilligkeit des chinesischen Regimes hat Teng Hsiao-p'ing beim Besuch Kim Il Sung in Peking abgegeben. Die chinesische Führung zeigte den Kriegsdrohungen Kims gegenüber Südkorea beinahe "die kalte Schulter". Auch die Beschränkung des Applauses auf propagandistische Pflichtübungen über die Niederlage des "US-Imperialismus" in Indochina zeigt, daß die Gruppe um Chou En-lai gute Beziehungen zu Washington aufrechterhalten möchte. Dafür spricht auch die Einladung an den neuen amerikanischen Präsidenten nach Peking.

Besonders eindrucksvoll für die Staaten Südostasiens müssen die Nichteinmischungsversprechen gewesen sein, die in den hoch-offiziellen Kommuniqués zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Malaysia, den Philippinen und Thailand nachzulesen sind (16).

So wäre also die Chou En-lai-Linie als Kurs der chinesischen Außenpolitik unbestritten?

Daß dem nicht so ist, haben in den letzten Wochen drei ungewöhnlich militante Äußerungen bewiesen, die vom ZK in Peking an aufständische Bewegungen in Südostasien abgegeben wurden.

- a) Am 29. April 1975 sandte das ZK eine Gratulationsadresse an die Malayan Communist Party zum 45. Jahrestag ihres Bestehens.
 - b) Am 20. Mai 1975 erhielt das ZK der Birmanischen Kommunistischen Partei ("Weiße Flagge") ein Kondolenzschreiben des ZK zum Tode des Parteivorsitzenden und seines Stellvertreters, in dem zum Kampf gegen die Regierung Ne Win aufgerufen wird.
 - c) Am 22. Mai schließlich entsandte das ZK ein Gratulationstelegramm an die Indonesische Kommunistische Partei (mit dem Hauptquartier in Peking) zum 55. Jahrestag ihres Bestehens.
- Alle drei Schreiben wurden jeweils auf der 1. Seite der "Pekinger Volkszeitung" abgedruckt, hatten also m.a.W. höchst offiziellen Charakter !

Die drei Telegramme bedürfen einer etwas näheren Erläuterung:

Zu a)

In dem Glückwunschtelegramm des ZK der KPCh an das ZK der KP Malaysias (17) hieß es u.a., daß beide Parteien und beide Völker sich gegenseitig stets unterstützt und angespornt hätten. "Mit Freude sehen wir, daß die KP Malayas und das malayische Volk ununterbrochen siegen. Wir sind fest davon überzeugt, daß der revolutionäre und bewaffnete Kampf des malay-

ischen Volkes siegreich beendet wird." Unter anderem druckte Hsinhua (18) eine Erklärung des ZK der KP Malayas vom 29. April nach, die durch den Partisanensender "Stimme der Malayischen Revolution" ausgestrahlt worden war. Darin hieß es u.a.: "Die Malayische Kommunistische Partei ist seit langer Zeit zusammen mit der KP Chinas unter Führung des Genossen Mao Tse-tung und anderer maoistisch-leninistischer Bruderparteien in enger Verbindung gestanden. Der bewaffnete revolutionäre Kampf geht weiter und entwickelt sich ... Angesichts der besonderen Verhältnisse unseres Landes sind wir der Ansicht, daß der Sieg der Revolution unseres Landes nicht über die sogenannte 'Parlamentarische Demokratie' oder durch bewaffnete Aufstände in den Städten errungen werden kann. Er kann nur durch Umzingelung der Städte durch das Land und die Ergreifung der politischen Macht durch bewaffneten Kampf errungen werden". Es wird m.a.W. hier ein ausgeprägtes "chinesisches" Programm verkündet, das durch die Wiedergabe in offiziellen chinesischen Publikationsmitteln auch die Billigung der chinesischen Führung erhalten hat. Auf Seite 1 der JMJP vom 30. April 1975 hieß es zusätzlich, daß die malayische KP weiterhin gegen "Imperialismus, Feudalismus und bürokratischen Kapitalismus" kämpfen solle, und zwar mit Waffen.

Zu b)

Der Tod zweier führender Funktionäre der KP Birmas war Anlaß für eine Verdüsterung des Verhältnisses zwischen den beiden Nachbarstaaten China und Birma. Am 15. März 1975 hatten Regierungstruppen an einem Flußufer im Pegu-Gebirge eine Gruppe kommunistischer Rebellen gestellt, unter denen sich auch der ZK-Vorsitzende Thakin Zin und der Sekretär Thakin Chih befanden. Nach kurzem Feuergefecht waren beide Funktionäre getötet worden. Das ZK der KP Birmas ("Weiße Flagge") veröffentlichte anläßlich dieses Ereignisses eine "Erklärung", die von den chinesischen Presseorganen wörtlich übernommen, damit also praktisch mit Beifall bedacht, wurde (19). Die "Erklärung" klagt die "Militärjunta Ne Win - San Yu" (der letztere ist Generalsekretär der Sozialistischen Programmpartei von Birma) als Pseudosozialisten an. Das Volk habe sich gegen ihr Militärregime in bitterem Haß erhoben. Den besten Beweis dafür hätten die Studentenkampagnen und Streiks der Arbeiter im Mai 1974 sowie die Antiregime-Kampagne im Dezember 1974 erbracht. Die KP Birmas habe, gestützt auf die Lehre des Marxismus und des Maoismus, eine Volksarmee aufgebaut, Stützpunkte der Roten Macht gegründet und sich unablässig für die weitere Konsolidierung der "Nationalen und Demokratischen Einheitsfront" eingesetzt, die 1959 gegründet wurde. Sie werde eine breite Einheitsfront aller bewaffneten Kräfte der verschiedenen Nationalitäten aufbauen, um sich dem Militärregime Ne Win zu widersetzen. Die gesamte Partei müsse fest hinter dem neuen Vorsitzenden Thakin Ba Thein Tin stehen (20).

Daß Peking sich so offen hinter die "Erklärung" der KP Birmas stellte, wurde vielerorts als Anzeichen dafür gewertet, daß es in Birma eine ähnliche Wendung erhoffe wie in Phnom Penh und Saigon.

Auf der Staat-Staat-Ebene gilt das Verhältnis zwischen Peking und Rangoon als problemlos. Ne Win hatte 1971 die VR China besucht und war damals unter anderem von Mao Tse-tung zu einem zweistündigen Gespräch empfangen worden. Erst

im März 1974 auch hatte Chou En-lai seinem früheren Gast Ne Win zu seiner Wiederwahl gratuliert.

Die Prawda (21) nahm das neuerliche chinesische Verhalten gegenüber Birma denn auch zum Anlaß, um darauf hinzuweisen, daß "Peking, das sich in Worten als Freund von Birma ausgibt, dem es aber nicht gelungen ist, Birma zu einem Bollwerk seines Einflusses in Südostasien zu machen, dieses Land nunmehr schon seit mehr als 10 Jahren in permanenter Spannung hält. Nach Birma werden regelmäßig bewaffnete Einheiten, die aus der Grenzbevölkerung rekrutiert sind, eingeschleust. Dies löst zu Recht Empörung in der birmanischen Bevölkerung aus. Wie kommt es, daß China fortfährt, eine Doppelstrategie gegenüber seinen Nachbarn zu betreiben, indem es einerseits normale Beziehungen auf Staat-Staat-Ebene aufrechterhält, gleichzeitig aber die 'Unterstützung' für Aufständische weiter betreibt, also m.a.W. eine besondere Form der 'Volksdiplomatie' übt?"

Als verbürgt darf ferner gelten, daß die "Stimme des Volkes von Birma", also ein Partisanensender, der die ideologische Infrastruktur zwischen den Aufständischen enger knüpfen soll, von Yünnan in Südchina aus betrieben wird.

Zu c)

Das Telegramm an die PKI besagte, daß der Kampf gegen die Konterrevolution in Indonesien weitergehen müsse, obwohl sich dort im Augenblick schwere Hindernisse aufgetürmt hätten. Wenn man nur beharrlich im bewaffneten Kampf fortfahre, werde man alle Schwierigkeiten überwinden und der Revolution zum Siege verhelfen (22).

Alle diese Äußerungen zeigen zumindest im Falle Birmas und Malaysias, daß die VR China fortfährt, eine Doppelstrategie zu betreiben, indem sie einerseits normale Beziehungen auf Staat-Staat-Ebene (über das Außenministerium) aufrechterhält, gleichzeitig aber (über das ZK) die "Unterstützung" für Aufständische weiterbetreibt, also m.a.W. eine besondere Form der "Volksdiplomatie" übt. Wie weit die chinesische Mitverantwortung für die Aufstandsbewegung der malayischen, indonesischen und birmanischen Kommunisten geht, ist nicht ganz klar. Die Partisanensender "Stimme des Volkes von Birma" und "Stimme des Malayischen Volkes" jedenfalls sind, wie die beiden Regierungen in Rangoon und Kuala Lumpur festgestellt haben, auf südchinesischem Gebiet angesiedelt und haben die Aufgabe, die ideologische Infrastruktur zwischen den Aufständischen enger zu knüpfen. Im Falle Indonesiens steht fest, daß die Rest-PKI ihren wichtigsten Sitz in Peking hat. U.a. residiert dort Jussuf Adjitorop, das einzige Politbüromitglied, das die Septemberereignisse von 1965 überlebt hat.

Sowohl Tun Abdul Razak wie Ferdinand Marcos, wie auch Kukrit Pramoj haben sich in Peking von Chou En-lai "in die Hand versprechen lassen", daß die VR China die Aufständischenbewegungen nicht unterstützen werde. Entsprechende Klauseln wurden auch jeweils in den Kommuniqués zur Herstellung der diplomatischen Beziehungen aufgenommen. Wie aber vertragen sich die drei erwähnten Erklärungen des ZK mit solchen Zusicherungen? Sollte mit der zu vermeidenden "Einmischung" nur die Lieferung von Waffen oder die militärische Ausbildung von Aufständischen gemeint sein, während die "verbale Unterstützung" (sei es durch Partisanensender oder durch offizielle Kommunikationsmittel der VR China)

hiervon unberührt bleibt?

Zweiter Erklärungsversuch: Sollte man Chou En-lai einfach unterstellen, daß er bewußt uneinlösbare Versprechen abgegeben hat?

- 1) Abgedruckt in C.J., 28. Mai 1975, die Übersetzung im Anhang!
- 2) Erstattet am 24. August 1973, PRu 1973, Nr. 35/36, S.17 ff., fortan "PRu I".
- 3) "Bericht über die Tätigkeit der Regierung, erstattet auf der ersten Tagung des IV. Nationalen Volkskongresses am 13. Januar 1975", PRu 1975, Nr. 4, S.21 ff., fortan "PRu II".
- 4) PRu I, S.23; Das Verhältnis beider "Oberherren" zueinander sei gekennzeichnet durch Rivalität und durch Kollaboration. Die Rivalität sei aber absolut und langdauernd, während die Kollaboration relativ und vorübergehend sei. "In allen Weltgegenden rivalisieren sie; der Schwerpunkt ihres Ringens liegt jedoch in Europa. Der sowjetische Sozialimperialismus ist nun dabei, 'ein Scheinmanöver im Osten zu vollführen, den Angriff aber im Westen zu unternehmen' (PRu II, S.24). Dieses Ringen bringe Nachteile mit sich, erweise sich gleichzeitig aber auch als durchaus positiv, denn es bewirkt, daß "gegenwärtig die Faktoren sowohl für die Revolution als auch für den Krieg anwachsen. Ganz gleich, ob der Krieg die Revolution hervorruft oder die Revolution den Krieg verhindert, die internationale Lage entwickelt sich stets zugunsten der Völker, und die Zukunftsperspektiven der Welt sind immer glänzend" (ebd., S.24).
- 5) Chou En-lai hatte hier noch differenziert. In seiner Rede vor dem IV. NVK hieß es beispielsweise:
- "Zwischen China und den USA bestehen grundlegende Differenzen. Dank den gemeinsamen Bemühungen beider Seiten haben sich in den letzten drei Jahren die Beziehungen zwischen den beiden Staaten einigermaßen gebessert, und der Verkehr zwischen beiden Völkern hat sich entwickelt. Solange die Prinzipien des von China und von den USA unterzeichneten Shanghaier Kommuniqués ernsthaft durchgeführt werden, können die Beziehungen beider Staaten weiter verbessert werden."
- "Die sowjetische Führungselite hat den Marxismus-Leninismus verraten. Unsere prinzipielle Polemik mit ihr wird lange andauern. Aber wir vertreten seit jeher die Ansicht, daß diese Polemik die Aufrechterhaltung normaler staatlicher Beziehungen zwischen China und der Sowjetunion nicht behindern sollte. Die sowjetische Führung hat eine Reihe von Schritten zur Verschlechterung der Beziehungen zwischen beiden Staaten unternommen ... (folgt Hinweis auf bewaffnete Grenzkonflikte 1969, auf die Weigerung, eine Vereinbarung über den Status quo in den "umstrittenen Grenzgebieten" zu unterzeichnen und die beiderseitigen Streitkräfte in den "umstrittenen Grenzgebieten" auseinanderrücken zu lassen etc.) (PRu II, S.25).
- 6) PRu II, S.34.
- 7) Chou En-lai hatte beispielsweise von der Möglichkeit differenzierter Gentlemen-Agreements gesprochen:
"Es gibt Kompromisse und Kompromisse. Man muß es verstehen, die Umstände und die konkreten Bedingungen jedes Kompromisses oder jeder Spielart eines Kompromisses zu analysieren. Man muß es lernen, den Menschen, der den Banditen Geld und Waffen gegeben hat, um das Übel, das die Banditen stiften, zu

Oder sollte sich der Fraktionskampf im Politbüro nunmehr auch auf die Außenpolitik auswirken? Träfe diese letztere Interpretation zu, so hätte die nachfolgend abgedruckte Rede Chiang Ch'ings nicht nur Wunschbildcharakter, sondern wäre auch in der Praxis der Außenpolitik bereits zu partieller Wirksamkeit gelangt.

- verringern und ihre Ergreifung und Erschießung zu erleichtern, von dem Menschen zu unterscheiden, der den Banditen Geld und Waffen gibt, um sich an der Teilung der Banditenbeute zu beteiligen ... Der Abschluß des Vertrags von Brest-Litowsk mit dem deutschen Imperialismus von seiten Lenins gehörte zur ersten Kategorie; was Chruschtschow und Breschnew, die Lenin verraten haben, taten und tun, gehört zu letzterem Fall" (PRu I, S.24). Aus Chiang Ch'ings Rede läßt sich demgegenüber die Aufforderung zu weniger Kompromissen und mehr Kampf ableiten. Oder sollte die Aussage, daß ein "Botschafter, der ... bei seiner Arbeit für die Einheitsfront auch an kapitalistischen Dinern teilnimmt, damit noch nicht unbedingt beweist, daß er von der Bourgeoisie korrumpiert worden ist" das Gegenteil aussagen? Während Chou En-lai ferner nachdrücklich betont, daß die Beziehungen zur Sowjetunion "auf der Grundlage der Fünf Prinzipien der Friedlichen Koexistenz zu normalisieren" seien und dies trotz der "prinzipiellen Auseinandersetzungen" mit diesem Staat (PRu II, S.24), finden sich ähnliche Formulierungen in Chiang Ch'ings Rede nicht.
- 8) PRu II, S.25.
 - 9) Diese Aussagen Chou En-lais werden im übrigen durch Absatz 7 der Präambel der Verfassung von 1975 auch konstitutionell verankert. Dort heißt es: "In den internationalen Angelegenheiten müssen wir am Proletarischen Internationalismus festhalten. China will nie eine Supermacht werden. Wir müssen die Einheit mit den sozialistischen Staaten, mit allen unterdrückten Völkern und unterjochten Nationen stärken und zur gegenseitigen Unterstützung beitragen. Wir müssen die friedliche Koexistenz mit Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung anstreben, auf der Grundlage der Fünf Prinzipien der gegenseitigen Achtung, der Souveränität und territorialen Integrität, des gegenseitigen Nichtangriffs, der gegenseitigen Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Nutzens sowie der friedlichen Koexistenz; wir müssen die Aggressions- und Kriegspolitik des Imperialismus und des Sozialimperialismus und den Hegemonismus der Supermächte bekämpfen". Eng damit hängt die Forderung zusammen, daß "wir das Augenmerk auf die Volksmassen richten" (PRu II, S.25), m.a.W. also Volksdiplomatie betreiben müssen.
 - 10) Vgl. C.a. Mai 1974, S. 233-235.
 - 11) NCNA, 2.2.75.
 - 12) Hierzu auch C.a. März 1975, S. 107 - Ü 21.
 - 13) CNA 1004, S.6.
 - 14) FEER, 11.7.1975, S.26.
 - 15) Erstattet am 13. Januar und angenommen am 17. Januar 1975 durch die erste Tagung des IV. NVK, abgedruckt in "Die Verfassung der VR China", Peking 1975, Verlag für Fremdsprachige Literatur, S. 52.
 - 16) Vgl. C.a. Juli 1975, S. 366.
 - 17) Radio Peking, deutsch, 29.4.1975.
 - 18) NCNA, 1.5.1975.
 - 19) NCNA, 20.5.1975.
 - 20) JMJP, 21.5.1975, S.1,5.
 - 21) Prawda, 13.4.1975.
 - 22) JMJP, 23.5.1975, S. 1.